

Aus der Vorstandssitzung

10. September 2000

Die 14. Vorstandssitzung wurde von einer Besonderheit geprägt:

Für den selben Abend hatten die Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände in Sachsen, der Sächsische Berufsverband der Fachärzte für Allgemeinmedizin e.V. und das Aktionsbündnis der Psychotherapeutenverbände in Sachsen zu einer Pressekonferenz in den Plenarsaal der Sächsischen Landesärztekammer eingeladen. Der Vorstand unterbrach seine Sitzung und nahm an dieser Pressekonferenz teil.

Neben Prof. Link, Dr. Sturm und Frau Andrea Mrazek nahmen am Tisch der Pressekonferenz auch Dr. habil. Hommel für die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen und Prof. Schulze für die Sächsische Landesärztekammer Platz. Im Zentrum der Erörterungen und Anfragen standen die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf Bundesebene auf die ambulante medizinische Versorgung in den neuen Bundesländern. Sie bewirken, dass für die ambulante Betreuung jedes Versicherten hierzulande nur 75 % der Mittel bereitgestellt werden, wie sie seinem Verwandten, Freund oder Altersgenossen in den alten Bundesländern zur Verfügung stehen. Damit ist eine gleiche medizinische Versorgung nicht machbar. Um auf diesen und andere Missstände öffentlichkeitswirksam aufmerksam zu machen, haben die einladenden Verbände zu einer Aktionswoche der niedergelassenen sächsischen Ärzte und Psychotherapeuten aufgerufen. Eine deutliche Mehrheit der sächsischen Kassenärzte hat sich für die Durchführung dieser Aktionswoche ausgesprochen. Die Notfallversorgung der Patienten während der Aktionswoche wurde erläutert. Kassenärztliche Vereinigung und Sächsische

Landesärztekammer haben auf die ihnen gebotene Zurückhaltung verwiesen, zugleich aber betont, dass sie die Aktion unterstützen.

In dem durch die Tagesordnung bestimmten Ablauf waren vom Vorstand 32 Beschlussvorlagen zu beraten und zu beschließen.

Der Entwurf des Positionspapiers „Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung“ des „Bündnisses Gesundheit 2000“ im Freistaat Sachsen wurde bestätigt. Dieses Papier dient als Grundlage für die Podiumsdiskussion am 14. Oktober 2000.

Der Vizepräsident berichtete über ein Koordinierungsgespräch mit Krankenhausgesellschaft, Kassenärztliche Vereinigung Sachsen, Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie und Sächsische Landesärztekammer:

Seit dem 1. September sind unter der Adresse (www.kvs-sachsen.de) sämtliche Angaben des Praxisschildes aller sächsischen Vertragsärzte im Internet abrufbar. Ab 14. September kommen die Angaben aller sächsischen Krankenhäuser dazu, in Kürze auch Angaben über den öffentlichen Gesundheitsdienst. Eine Erweiterung auf die Zahnärzte und Apotheker ist geplant.

Der Stand der Vorbereitungen für die 15. Tagung der Vorsitzenden der Kreisärztekammern am 23. September und für die 13. Kammerversammlung am 11. November wurde besprochen.

Das Ordnungsamt Dresden beabsichtigt, Parkerleichterungen vor oder in der Nähe der Praxis für Ärzte einzuführen, die im Zusammenhang mit Soforthilfe von der Praxis abgerufen werden. Der Vorstand begrüßt diese Initiative.

Aus dem juristischen Geschäftsbereich wurden u.a. folgende Beschlussvorlagen vorgelegt:

- Berufsrechtliche Angelegenheiten (unzulässige Bezeichnung auf dem Praxisstempel, Nichtäußerung gegenüber einem Amt für Soziales und Versorgung sowie der Sächsischen Landesärztekammer, Hinweisschild für ausgelagerte Praxisräume, Eintragung unzulässiger Bezeichnungen im Branchenbuch beziehungsweise Telefonbuch),
- Satzung zur Änderung der Berufsordnung,
- Bestellung ehrenamtlicher Richter des Berufsgeschichtes,
- Einführung von Rubriken „Zusatzbezeichnungen“ für die „Gelben Seiten“, Telefonbücher u.a.,
- Einleitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren (unterbliebene Vorlage der Berufsurkunden bei der Sächsischen Landesärztekammer),
- Entscheidungen über ärztliche-/nicht-ärztliche Tätigkeit.

Die Beschlussvorlage aus dem ärztlichen Geschäftsbereich befasste sich mit der Gebührenhöhe für ein geplantes Kolloquium.

Die Beschlussvorlagen aus dem kaufmännischen Geschäftsbereich beschäftigten sich unter anderem mit folgenden Themen:

- Haushaltsinanspruchnahme per 31.07.2000,
- Haushaltsplanentwurf 2001,
- Satzung zur Änderung der Beitragsordnung,
- Satzung zur Änderung der Gebührenordnung.

Dr. med. Helmut Schmidt
Vorstandsmitglied